

KAMBODSCHA

NACHRICHTEN

Chinesisch-sowjetisches Außenministertreffen

Nachdem der chinesische Außenminister Qian Qichen im Dezember nach Moskau gereist war, besuchte der sowjetische Außenminister Schewardnadse vom 2.-4. Februar China. Dort traf er Deng Xiaoping, den Ministerpräsidenten Li Peng und seinen Amtskollegen Qian Qichen. Der Besuch diente der Vorbereitung des sino-sowjetischen Gipfels, der für den 15.-18. Mai geplant ist.

Hauptgesprächsstoff war die Kambodscha-Frage. Sie ist nach dem Abzug der sowjetischen Soldaten aus Afghanistan und dem Truppenabbau an der Grenze zu China zum letzten Hinderungsgrund für die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion geworden.

Ein Zeichen wie stark beide Seiten an der Beseitigung dieses Problems interessiert sind, zeigt die zustandegekommene 9-Punkte-Vereinbarung, die wir im folgenden dokumentieren:

„1) Beide Seiten wollen eine gerechte und vernünftige politische Lösung der Kampuchea-Frage zum frühestmöglichen Zeitpunkt und drücken ihre Bereitschaft aus, Anstrengungen in diese Richtung zu unternehmen.

2) Beide Seiten sind der Ansicht, daß der vietnamesische Truppenabzug aus Kampuchea ein wichtiger Bestandteil einer politischen Lösung der Kampuchea-Frage ist. Sie nehmen die Entscheidung Vietnams zur Kenntnis, bis spätestens Ende September 1989 alle seine Truppen aus Kampuchea abzuziehen, und hoffen, daß die Durchführung dieser Entscheidung den Verhandlungsprozeß über die Lösung anderer Aspekte der Kampuchea-Frage erleichtern wird.

3) Nach dem vollständigen Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea sollten alle betroffenen Länder schrittweise ihre Militärhilfe für alle Parteien in Kampuchea verringern und eventuell völlig einstellen.

4) China und die Sowjetunion sind der Meinung, daß die inneren Probleme Kampuchees durch Verhandlungen der Parteien in Kampuchea gelöst werden sollten, auf der Grundlage nationaler Aussöhnung und frei von jeglicher äußerer Einmischung. Die beiden Seiten heißen den Dialog zwischen den vier Parteien in Kampuchea willkommen und hoffen, daß dieser sich in fruchtbarer Weise entwickeln wird. Die chinesische Seite tritt für die Einrichtung einer proviso-

rischen Koalitionsregierung in Kampuchea ein, unter dem Vorsitz von Prinz Sihanouk und paritätisch zu vier Teilen besetzt.

Die sowjetische Seite will eine Vereinbarung zwischen den vier Parteien Kampuchees über die Einrichtung eines provisorischen Organs im Zuständigkeitsbereich von Sihanouk, paritätisch zu vier gleichen Teilen besetzt, unterstützen. Dieses Organ sollte keiner Partei in Kampuchea untergeordnet sein, und seine Aufgabe ist es, die Vereinbarungen durchzuführen, die von den Parteien in Kampuchea erreicht wurden, sowie freie Wahlen abzuhalten.

China und die Sowjetunion werden die Ergebnisse dieser künftigen freien Wahlen in Kampuchea respektieren.

5) Es ist die Auffassung und die Sorge beider Seiten, daß nach dem Abzug ausländischer Truppen aus Kampuchea keine gefährliche Lage entstehen solle und kein Bürgerkrieg im Land ausbrechen soll. Beide Seiten werden eine Vereinbarung zwischen den vier Parteien in Kampuchea über wirksame Maßnahmen zur Verhinderung einer solchen Entwicklung begrüßen.

Darin sind Maßnahmen zur Einstellung aller feindseligen Handlungen eingeschlossen und ein Einfrieren des Stands der bewaffneten Kräfte, gefolgt von deren möglichem Abbau.

Beide Seiten treten dafür ein, in Kampuchea nicht zu der Politik und Praxis der jüngsten Vergangenheit zurückzukehren.

Die chinesische und die sowjetische Seite sehen es als nötig und wichtig an, einen wirksamen internationalen Kontrollmechanismus zu schaffen und strenge internationale Überwachung über den vietnamesischen Truppenabzug auszuüben, ausländische Militärhilfe einzustellen, den Frieden in Kampuchea zu erhalten und freie Wahlen durchzuführen.

6) Beide Seiten sind der Ansicht, daß die Vereinten Nationen ihre angemessene Rolle im Prozeß einer politischen Lösung der Kampuchea-Frage spielen sollten, entsprechend den sich anbietenden Bedingungen. Beide Seiten sind mit der Einberufung einer internationalen Konferenz über die Kampuchea-Frage einverstanden, wenn die Bedingungen dafür reif sind.

7) Beide Seiten treten dafür ein, daß nach dem Abzug der ausländischen Truppen aus Kampuchea eine internationale Garantie über den Status von Kampuchea als eines unabhängigen, friedlichen, neutralen und blockfreien Landes gesichert

werden sollte. China und die Sowjetunion drücken ihren Willen aus, dieser internationalen Garantie beizutreten.

8) Beide Seiten stimmen darin überein, in der Diskussion ihrer bleibenden Meinungsverschiedenheiten über die Lösung bestimmter Aspekte in der Kampuchea-Frage fortzufahren.

9) Die chinesische und die Sowjetische Seite meinen, daß die Lösung der Kampuchea-Frage zu einer Entschärfung des Spannungsherdens in Südostasien beitragen, zu einer gesunden Entwicklung der politischen Lage und auch zur Förderung von Frieden und Stabilität in der Region führen wird.“ (Beijing Rundschau 7-8/1989, S.8-10)

Diese Vereinbarung hatte Grenzen und Möglichkeiten einer Lösung der Kampuchea-Frage schon vor dem nicht viel später folgenden Treffen in Jakarta festgelegt. Die Frage einer Übergangsregierung bzw. einzurichtenden 'Organs' vor allgemeinen Wahlen in Kambodscha blieb nicht nur in der Vereinbarung strittig (s. entsprechende Nachricht).

vgl. BR 7-8/89, S. 8-10; FEER v. 16.2., S.10/11; AW v. 17.2., S.21

2. Jakarta-Konferenz gescheitert

Auch das zweite „Jakarta Informal Meeting“ in Indonesien endete ohne gemeinsames Abschlußkommuniqué. Die teilnehmenden Vertreter der ASEAN-Staaten, Vietnams, Laos' und der vier kambodschanischen Fraktionen vereinbarten ein weiteres Treffen nach dem sino-sowjetischen Gipfel im Mai.

Zwar akzeptierte Hun Sen für das von Vietnam installierte Regime der „Volksrepublik Kampuchea“ (VRK) erstmals eine internationale Kontrollkommission zur Überwachung freier Wahlen und des vietnamesischen Truppenabzugs. Sie solle jedoch nur 600 leicht bewaffnete Mitglieder haben, ergänzt durch eine „nationale 4-Parteien-Kommission“ aus 400 Mann. Der Widerstand unter Sihanouk hält dagegen mindestens 2000 Mann für nötig; nach dem Rückzug Vietnams soll außerdem eine UNO-Friedenstruppe das Land vor einer Monopolisierung der Macht durch die Roten Khmer, erneuten Militäraktionen Vietnams und einem Bürgerkrieg sichern.

Völlig unnachgiebig zeigt sich Hun Sen gegenüber der Forderung des Widerstands, vor den Wahlen die VRK zusammen mit dem von der UNO anerkannten Demokratischen Kampuchea aufzulösen. Während der Über-

gangsperiode müsse, so Hun Sen, „der politische und militärische Status quo bestehen bleiben“, was in den Augen des Widerstands freie Wahlen unmöglich macht.

Vietnam hat erklärt, bei Ausbleiben einer Übereinkunft zwischen den vier kambodschanischen Parteien seine Truppen nicht bis Ende September 1989, sondern erst bis Ende 1990 abziehen.

vgl. Le Monde v. 21.2.89 M.H.

5-Punkte-Vorschlag Sihanouks

1) Ein genauer Zeitplan des Rückzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha, ohne Verknüpfung mit der Frage der Hilfe gewisser ausländischer Mächte an die kambodschanischen bewaffneten Fraktionen.

2) Vor allgemeinen Wahlen in Kambodscha die gleichzeitige Auflösung sowohl der Volksrepublik Kampuchea als auch des Demokratischen Kampuchea (Koalitionsregierung des DK).

3) Allgemeine Wahlen in Kambodscha unter der Aufsicht einer Internationalen Kontrollkommission und außerhalb des Apparats der illegalen Volksrepublik Kampuchea (P.R.K.).

4) Bildung einer provisorischen 4-Parteien-Regierung und Aufbau einer nationalen 4-Parteien-Armee (nicht ohne die Roten Khmer).

5) Entsendung einer Internationalen Friedenstruppe nach Kambodscha (Blauhelme).

(Original französisch, eigene Übersetzung)

Reaktionen auf das 2. Jakarta-Meeting

Während Sihanouk schon vor Beginn des Treffens das Scheitern voraussagte und JIM 2 eine zynische Komödie nannte, fand Co Thach nach dem Treffen: „Es war ein großer Erfolg“ (Antara v. 22.2.). Die Unterschiede in der Bewertung des Treffens sind nach der Lektüre des statt eines Abschlußkommuniqués zustande gekommenen Konsenspapiers erklärlich. Dort wird der Truppenabzug Vietnams aus Kambodscha in Zusammenhang mit dem Abbau für die Unterstützung der Widerstandstruppen durch ausländische Mächte gestellt. Dies wollte Sihanouk jedoch ausdrücklich nicht miteinander in Verbindung gebracht wissen (s. 5-Punkte-Vorschlag). Obwohl also keine Einigung auf dem Jakarta-Treffen erzielt wurde, konnte Vietnam an diesem Punkt einen kleinen Erfolg verbuchen.

Die Verknüpfung Truppenabzug und Unterstützung des Wi-

NACHRICHTEN

VIETNAM

derstandes hatte schon beim Besuch des Vize-Außenministers Vietnams in Beijing Schlagzeilen gemacht. Wie die Far Eastern Economic Review am 26.1. dieses Jahres berichtete, habe China im Falle eines Truppenabzugs Vietnams bis Sept. '89 von der Möglichkeit gesprochen, seine Unterstützung des kambodschanischen Widerstands schrittweise einzustellen.

vgl. MDA v. 25.1., 24.2.; FEER v. 26.1., S.11; NZZ v. 23.2.

Hun Sen besucht Thailand

Am 25.1. besuchte Hun Sen auf Einladung des thailändischen Ministerpräsidenten Thailand. Auf einer Pressekonferenz am 27.1. in Bangkok sagte er zum Zweck seines Besuchs: „Ich möchte betonen, daß der Zweck meiner Reise nach Thailand darin besteht, dem Krieg in meinem Land ein Ende zu machen. Viele meinen, mein Besuch werde ein Hindernis für eine politische Lösung der Kampuchea-Frage sein. Aber ich möchte noch einmal betonen, daß ich selbst und auch seine Exzellenz der thailändische Ministerpräsident Chatchai Chunhawan gewillt sind, die Kambodscha-Frage so schnell wie möglich zu lösen. (...) Es gibt die Ansicht, wonach Besorgnis besteht, daß diese Gespräche zu einer Anerkennung führen.“

Im Verlauf des Besuchs bot Hun Sen die Repatriierung von 300.000 Flüchtlingen aus den Grenzlagern an. Außerdem stellte er die Öffnung Kambodschas für den Handel mit Edelsteinen sowie in der Forstwirtschaft und im Fischereiwesen in Aussicht. Es wurde berichtet, daß Sihanouk sehr verstimmt gewesen sei, daß ein von ihm als Verbündeter angesehener Staat ausgerechnet kurz vor dem 2. Jakarta-Treffen Hun Sen die Möglichkeit gegeben hat, sich auf „internationaler Bühne“ zu bewegen.

Von seiten der USA gibt es die Kritik, daß Thailand um kurzfristiger ökonomischer Interessen willen seinen politischen Standpunkt geändert habe. Auch in Thailand selbst wurde Chatichai von der Oppositionspartei wegen seines Treffens mit Hun Sen kritisiert.

vgl. MDA v. 31.1., FEER v. 9.2., S.11; 2.3., S.9; AW v. 10.2., S.29

Zweifel am vietnamesischen Truppenrückzug

Der von Vietnam im letzten Jahr bekanntgegebene Abzug von 50.000 Soldaten bis Ende 1988 wird von thailändischen Militärs bezweifelt. Nach ihren Beobachtungen wurden die Besatzungstruppen in Kambodscha

nur um 15 bis 18.000 verringert. Ebenso wie US-Beobachter schätzen sie die verbleibenden Truppen auf 90 bis 100.000 statt der behaupteten 50.000. Wie der Widerstand jetzt auch mit Aussagen gefangener Vietnamesen untermauert, befindet sich eine Vielzahl bewaffneter Vietnamesen in den Reihen der Armee des Phnom Penh Regimes, ausgestattet mit der VRK-Staatsbürgerschaft. Westliche Diplomaten halten dies für möglich, da sich ein von Geheimdiensten beobachteter, unerklärter Anstieg der VRK-Armee von 30.000 auf 60.000 Mann auf diese Weise nachvollziehen lasse.

vgl. International Herald Tribune v. 20.2.; Christian Science Monitor v. 19.2.; La Croix v. 27.1.; Dokument S/20418 der UNO-Generalversammlung v. 24.1.89 M.H.

„Schwimm oder ertrinke!“

Die Ankündigung Thailands, vietnamesischen Flüchtlingen kein Asyl mehr zu gewähren, hat zu brutalen Praktiken an den Küsten Thailands geführt. Obwohl offiziell verlautet, daß Vietnamesen weiterhin in Thailand aufgenommen würden, ihnen dann jedoch die Anerkennung als Flüchtling verwehrt werde, sind im letzten Jahr die Zahlen der zurückgewiesenen „boatpeople“ an Thailands Küsten gestiegen. Gleichzeitig haben die Angriffe thailändischer Piraten auf diese Boote zugenommen.

„Offiziere der Marinepolizei sagen, sie hätten die informelle Anweisung erhalten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, daß Flüchtlinge nicht landen können.“ (FEER, 23.2., S.27) Es sind sogar Fälle bekannt geworden, in denen „boatpeople“ im Süden Thailands mit Benzin versorgt worden seien, um sie dann nach Malaysia weiterzuschicken. Einige Flüchtlinge berichten, es sei sogar auf sie geschossen worden.

Offensichtlich haben diese Maßnahmen den gewünschten Erfolg. Laut UNHCR (Uno-Flüchtlingskommissariat) sind die Zahlen der ankommenden Flüchtlinge in Thailand von 12.842 (1987) auf 5.448 (1988) gesunken. Gleichzeitig sind die Flüchtlingszahlen in den anderen südostasiatischen Ländern von 29.694 auf 43.903 gestiegen.

vgl. FEER v. 23.2., S.27/28

Tritt Nguyen Van Linh bald ab?

In der FEER vom 19.1. berichtet Murray Hiebert aus Ho-Chi-Minh-Stadt, daß der vietnamesische Parteichef um seinen Rücktritt gebeten haben soll. Er leide

unter starken gesundheitlichen Problemen. So sei er auch aus diesem Grund der Nationalversammlung im Dezember fern geblieben und nicht, wie offiziell verlautete, um die wachsende Unabhängigkeit des Parlaments gegenüber der Partei zu unterstreichen.

Trotzdem hat er jedoch seine geplante Reise nach Indien angetreten, um dort am 26.1. am indischen Staatsfeiertag teilzunehmen.

vgl. FEER v. 19.1., S.18/19; 29.12., S.9; MDA v. 24.1.

Bauern demonstrieren für Landrückgabe

„Ungefähr 300 Bauern des Mekong-Delta, unter ihnen ehemalige Freiheitskämpfer mit ihren Medaillen, marschierten am 8.11.88 durch die Straßen von Ho-Chi-Minh-Stadt mit Transparenten, die die Vertreibung der lokalen 'Mandariner' sowie die Rückgabe konfiszierten Ackerlands forderten.“ (FEER v. 19.2., S.19)

Dies ist wohl der erste bekanntgewordene öffentliche Protest im kommunistischen Vietnam. Eine Zeitung der Cuu-Long-Provinz, „Doi Thoai“, berichtete ebenfalls über Bauernproteste in der Stadt Vinh Long am 11.10. vorigen Jahres. Dort hätten Bauern der Phu Tien Kooperative die Auswechslung der gesamten Verwaltung verlangt und sie der Korruption bezichtigt. So seien Mitglieder der Kooperative, die ihre Steuern nicht rechtzeitig bezahlen konnten, eingesperrt worden, und in anderen Fällen habe die Polizei mit dem Hinweis auf Steuerschulden ohne den Beweis dafür zu erbringen Reis beschlagnahmt. Es wird vermutet, daß dieser Reis zur privaten Bereicherung verkauft wurde.

Die Proteste gehen u.a. darauf zurück, daß die Regierung eine neue Direktive (47) erlassen hat, nach der in der Zeit von 1978-1983 unrechtmäßig enteignetes Land an die ehemaligen Besitzer zurückgegeben werden soll. Von

einigen örtlichen Kadern wird die Durchsetzung dieser Direktive jedoch hintertrieben.

Es scheint so, daß Partei und Regierung Vietnams den Protest der Bauern als gerechtfertigt anerkennen. Beklagt wird jedoch, daß unter den Protestierenden Leute zu finden seien, die nur Unruhe stiften wollten.

vgl. FEER v. 19.1. S.19+21

Bericht über vietnamesische Gastarbeiter im DDR-Fernsehen

Am 11.12.88 berichtete das DDR-Fernsehen: „Jeden Tag gehen beim 'VEB Treffmodelle Berlin' in der Greifwalder Straße neben den deutschen Kollegen auch 350 vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter durch das Betriebsstor. Wie die insgesamt 50.000 ihrer derzeit in der DDR lebenden Landsleute, bleiben sie fünf Jahre hier und erhalten vornehmlich in der Leichtindustrie eine Facharbeiterausbildung. (...) Jeder Vietnameser ist am betrieblichen Wettbewerb beteiligt – wird also, wie zum Beispiel hier, nach Leistung entlohnt – und hat Anteil an den Prämien. Diese Praxis ist in entsprechenden Regierungsvereinbarungen zwischen der DDR und der Sozialistischen Republik Vietnam festgeschrieben.“

vgl. MDA v. 13.12.88

Verfassungspräambel geändert

Xinhua berichtet, daß Vietnam eine geänderte Präambel zur Verfassung veröffentlicht hat, in der darauf verzichtet wird, China, die USA, Frankreich und Japan anzugreifen. Begriffe wie „Chinesischer Hegemonismus“ seien gestrichen worden und es sei nur noch allgemein von Imperialisten und Kolonialisten die Rede. Die Änderung der Präambel geht auf einen Beschluß der vietnamesischen Nationalversammlung vom 22.12.88 zurück.

vgl. MDA v. 29.12., FEER v. 12.1., S.14

Entlassung eines Redakteurs

Anfang Dezember 1988 wurde Nguyen Ngoc, Redakteur der beliebten Kulturzeitschrift „Van Nghe“, entlassen. Der Grund ist die Veröffentlichung eines kritischen Artikels über einen der bekanntesten Dichter Vietnams: Nguyen Du. Der Schriftstellerverband Vietnams sieht in der Entlassung die Gefahr eines Rückfalls in die Zeiten, als die Presse lediglich den Propagandazwecken von Partei und Staat dienen mußte.

vgl. FEER v. 5.1., S.14; FAZ v. 2.3., S.31



Linh.